



Dr. h.c. Franz-Josef Strauß
6. September 1915 – 3. Oktober 1988.
Deutscher Politiker (CSU).
Studium u.a. der Geschichte und Volkswirtschaft, Staatsexamen für das höhere Lehramt. 1939–1945 Kriegsdienst. Weil politisch unbelastet, von den Amerikanern 1945 zum stellvertretenden Landrat in Schongau bestellt. Dort Mitbegründer der CSU. Mitglied des Wirtschaftsrats der Bizone. 1948–1952 CSU-Generalsekretär. Seit 1949 MdB. 1953–1962 nacheinander Bundesminister für besondere Aufgaben, Bundesatomminister und Verteidigungsminister. Sturz durch «Spiegel-Affäre». Seit 1961 CSU-Vorsitzender. 1966–1969 Bundesfinanzminister. Seit 1978 Ministerpräsident des Freistaats Bayern.

Dr.h.c.Franz-Josef Strauß
Bundesminister für Verteidigung, Bonn

«Vom Nationalstaat zum Weltstaat»

Hamburg war immer und ist ein Tor Deutschlands zur Welt – wo weltoffene und weltweite Denkweise verbunden mit Bürgersinn herrschen.

Ich war mir bei der Formulierung des Themas bewusst, dass der Nationalstaat nicht den Anfang des staatlichen Lebens in der geschichtlich überschaubaren Vergangenheit darstellt und dass es in keiner Weise feststeht, ob der Weltstaat das Ende der Bildung sozialer Gemeinschaften menschlicher Art sein wird. Es gibt dafür zwar rationale Gründe – aber die ratio hat noch nie den Ablauf des geschichtlichen Lebens bestimmt, auch in der Gegenwart nicht, – und man soll sich davor hüten, metaphysische, theologische oder teleologische Gründe anzuführen.

Denn man könnte höchstens sagen: «Meine Wege sind nicht eure Wege.»

Andererseits gab es immer weltstaatliche Visionen, Ideen, Theorien, Träume und Tendenzen, längst bevor der Nationalstaat als Typus der abendländischen Staatsform und der europäischen Geschichtsentwicklung sich darstellte, eigentlich seit dem Aufsteigen der Nationen in ihrer mehrfachen Entstehungsform.

Aber trotzdem ist die Epoche seit der französischen Revolution mit ihrer weit zurückreichenden geistigen und sozialen Vorgeschichte bis heute, wo wir an der Schwelle eines neuen Zeitalters stehen, in ihrer Problematik unreißenbar, wenn man simplifizierend sagt:

«Vom Nationalstaat zum Weltstaat». Vielleicht im Sinne eines antinomischen Gewichtes, vielleicht aus Heimweh nach der verloren gegangenen inneren Einheit der Menschen und des Menschlichen.

Ein Besonderes muss erwähnt werden – wir Europäer haben unter dem Begriff Weltgeschichte und Weltstaat immer mit Vorrang Werden und Sein, Sein und Werden der abendländischen Welt in ihrer staatlichen Ordnung gesehen, also Amerika, Afrika südlich des Mittelmeerkreises, Asien östlich des antiken Kulturbereiches und die polynesisch-ozeanische Welt außer Betracht gelassen. Wir erkennen aber heute, dass diese europäische egozentrische Denkweise und Darstellung ahistorisch, wenn auch pragmatisch war, aber heute auch vom Pragmatischen her nicht mehr aufrecht erhalten werden kann, weil sich die gesamten Verhältnisse verändert haben.

I. Übergang vom römischen Reich Deutscher Nation zu den europäischen Territorialstaaten

Europa bedeutet – vereinfacht gesehen – fast ein Jahrtausend die lose Gemeinschaft, vor allem der westlichen Völker zwischen Skandinavien und Sizilien. Auch Russland wurde jahrhundertlang dazu gerechnet, wenn es auch einerseits wegen der Prägung des gesamten Lebens der Bevölkerung durch die orthodoxe Konfession und andererseits durch seinen euro-asiatischen Charakter eine Sonderstellung einnahm. Immerhin gehörte auch Russland bis zur bolschewistischen Revolution in vieler Hinsicht zum Abendland, das trotz der politischen Zerwürfnisse und trotz der Glaubensspaltung mit nachfolgender Säkularisierung christlich bestimmt blieb.

Die geographische Ost-West-Festlegung Europas zwischen Irland und dem Ural entspricht in der Geschichte nicht immer dem, was man in kultureller oder zivilisatorischer Hinsicht unter Europa begreift. Die Mongolen, die Ungarn, die Türken drängen die Grenzen des europäischen Kulturkreises von Osten, die Sarazenen vom Südwesten her eine Zeitlang zurück, bis diese Eindringlinge zurückgedrängt und einige in den europäischen Bereich eingeschmolzen werden, ja, wie die Ungarn sogar eine klar Schutzfunktion übernehmen.

Eine politische Einheit im modernen Sinn des Wortes war Europa niemals.

Die mittelalterlichen Kaiser, die sich als Erben des imperium romanum, des römischen Reiches, betrachten, strebten nicht die Ausdehnung ihrer Macht über ganz Europa im geographischen Sinne des Wortes an, sondern ihnen ging es vornehmlich um die Konsolidierung des italienisch-deutschen Raumes unter Wahrung der Vormachtstellung gegenüber den Anrainern.

Die europäische Geschichte war von Anfang an durch eine spannungsreiche Entwicklung gekennzeichnet. Die große Spannung zwischen dem Kaiser und dem Papst wurde später abgelöst durch die Spannungen zwischen den Fürsten und ihren Koalitionen unter dem Dach des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, sowie durch das Ringen zwischen der kaiserlichen Hausmacht und den sich herausbildenden Territorialstaaten und schließlich zwischen den dynastischen Staaten, die nur zum Teil mit den späteren Nationalstaaten identisch wurden.

Zuerst die katholische, dann auch die evangelische Kirche geben die geistige Führung, die katholische Kirche mehr den Universalismus, die protestantische Kirche mehr den Partikularismus betonend. Die Weitergabe des griechisch-römischen Kulturerbes spielt dabei eine genau so große Rolle wie die geistlich-religiöse Führung.

Die Religionskriege und der Zusammenbruch der kirchlichen Einheit entthronen die Theologie als lenkende Kraft der westlichen Kultur. Philosophie und Wissenschaft nehmen ihren Platz ein.

Als fast selbstverständliche Reaktion auf die vorangegangene kirchliche Führung ist festzustellen: Eine immer entschiedeneren Entfernung von der metaphysischen Deutung des Lebens. Die Aufklärung setzt ihren Glauben in die menschliche Vernunft. Die französische Revolution setzt diese Philosophie in ein politisches Aktionsprogramm um.

Wie sind die europäischen Staaten entstanden? Bei dem Versuch einer Beantwortung dieser Frage muss zunächst darauf hingewiesen werden, dass irgendwelche ethnische – auf das Volkstum, auf Herkunft, ja selbst auf Sprachgemeinschaften – Bezug nehmende Gesichtspunkte zuerst kaum eine wesentliche Rolle gespielt haben. Weitaus einflussreicher sind dynastische Bestrebungen und Verbindungen. Es gibt zunächst keinerlei Nationalismus: In vielen Staaten sind Bevölkerungselemente der verschiedensten Herkunft, ja sogar zuweilen unterschiedlicher Sprachzusammengehörigkeit vereint.

Im Süden bildet sich allmählich die viele Völker umfassende Gemeinschaft der Donaumonarchie heraus.

Um ein Beispiel zu nennen: Im Norden integriert Preußen die Bevölkerungsgruppen der Siedler aus allen deutschen Landschaften und der bereits dort Ansässigen oder der Zuwanderer auch nichtdeutscher Zunge.

Auch in den Zeiten, wo die Vorformen der modernen Nationalstaaten sich bildeten und wo die absolutistisch regierten Staaten ihre Machtkämpfe austrugen, gab es ein kulturelles bestimmtes Gemeinschaftsbewusstsein, zum Teil kosmopolitischer Art, besonders unter dem Adel und unter den Gebildeten.

Franz Schnabel zitiert im I. Band seiner europäischen Geschichte im 19. Jahrhundert das Wort Dantes, das ihn mit den Stoikern verbindet, vom Weisen cui mundus est patria ut piscibus aequor und sagt wörtlich: «In allem Ringen der Staaten um die Macht war doch Europa als geistiges Gebilde und als Kultureinheit erhalten geblieben, ja es steigerte sich dieses Gemeinschaftsbewusstsein im Fortschreiten des rationalistischen Denkens, das immer entschiedener von allen historischen Unterschieden der Anlage, der Sitte, des Geschmacks absah, bis Rousseau von seiner Zeit sagen konnte: «Il n'y a plus que des Européens.» Das Naturrecht hat die Einheit des Abendlandes gefördert, der Geist des Christentums und der Humanität strebte, nachdem einmal das Zeitalter der Religionskriege vorübergezogen war, nach einer alle Nationen umfassenden menschlichen Kultur.» Soweit Schnabel.

Aber es vollzog sich gleichzeitig eine innere Auflösung in der europäischen Welt, weil trotz eines europäischen Gemeinschaftsbewusstseins der Gebildeten, des Adels, weder die Vorstellung einer geistigen noch einer staatlichen Ordnung mit klarer Reihenfolge der Werte als Triebkraft vorhanden war. Diese Auflösung erreichte ihren Höhepunkt der französischen Revolu-

tion, wo zwar die alte Staatenwelt weitgehend zerbrach, aber neue Kräfte formend auftraten, die sich zum Teil mit den alten Formen verbanden, zum Teil sie versöhnten, bis der Auflösungsprozess der Periode von 1914–1945, eine knappe menschliche Generation, einen Schlusstrich setzte, der beinahe apokalyptischen Charakter hatte.

Das 19. Jahrhundert ist das Jahrhundert des Bürgers, der industrialisierten Technik, der liberalen parlamentarischen Demokratie konstitutioneller Prägung, des Imperialismus der europäischen Völker, des Selbstbestimmungsrechtes, der für Europa zentrifugalen Tendenzen, die sich in dem Dreieck: Nation – Staat – Macht ausdrücken. Hier liegt auch der Beginn der Kette, die vom Nationalstaat über die Großmacht, über die Weltmacht bis zum Machtblock reicht, in dem eine Weltmacht Übergewicht hat und den strategischen Rückhalt für das ganze System darstellt.

II. Ein Jahrhundert Frieden

Bis zur napoleonischen Ära bildete sich unter dem ständigen Eingreifen Englands die europäische «Balance of power», das Gleichgewicht der Mächte, heraus, das im Wesentlichen von fünf Hauptstädten bestimmt wird: London, Paris, Wien, Berlin und St. Petersburg.

Der Wiener Kongress etabliert dieses Gleichgewicht, innerhalb dessen es bis zum Ausbruch des ersten Weltkrieges nur «lokale Störungen» gibt, wie man rückwirkend sagen kann, gemessen an der Größenordnung der Störungen, die wir in unserer Generation erlebt haben. Es gab in jenem Jahrhundert sicher eine ganze Reihe von Krisen und Kriegen, von Revolutionen und sonstigen Erschütterungen, es gab aber keine Katastrophen im historischen Sinne des Wortes.

Der Einschnitt in dieser Epoche ist sozusagen die Ära 1848/49, wo die widerstrebenden Ordnungsformen und Ideen aufeinanderstießen, ohne aber einen Zusammenbruch des Alten herbeizuführen.

Man schuf im Wiener Kongress keine internationalen oder supranationalen Institutionen, man schuf, wenn ich wieder einen modern gewordenen Ausdruck gebrauchen darf, ein «Europa der Vaterländer», das in sich weitgehend sein sollte und in sich ausgewogen war. Auch das besiegte Frankreich erhielt in diesem europäischen Gleichgewichtssystem einen anerkannten und geschützten Platz. Die Souveränität der Staaten blieb unangetastet. Man verließ sich auf die Solidarität der Monarchen, auf das gemeinsame Interesse an der Verhinderung der Suprematie oder Hegemonie irgendeines Beteiligten. Die Weisheit der Sieger von 1814/15 verstand es immerhin, einen Frieden zu schaffen – keinen totalen und ewigen, aber immerhin einen besseren als 1918 und 1945, weil sie sich nicht auf die von den Waffen erzielten Erfolge allein verließ, nicht in einseitigen moralischen Kategorien oder Urteilen dachten und sich davor hüteten, die Utopia des Thomas Morus in Europa errichten zu wollen.

In diesen Tagen findet wieder ein Wiener Kongress der Vereinten Nationen statt, auf dem 500 Diplomaten sich treffen, um sich der großen Aufgabe zu widmen, das «Aachener Protokoll» und die Novelle zu diesem Aachener Protokoll gegen ein neues weltweites, UNO-weites Protokoll zu ersetzen. Eine große, schöne Aufgabe, gemessen aber an gewissen Vorgängen im Kongo eine Aufgabe begrenzter Größenordnung.

Die liberale bürgerliche Bewegung um die Mitte des 19. Jahrhunderts erstreckte sich auf alle fünf Mächte: auch auf Russland. – An sich zerstörte sie noch nicht die europäische dynastische Gemeinschaft, da die dynastischen Interessen den Nationalismus moderner Art niederhielten.

Auch Bismarck betrachtete das Weiterbestehen des europäischen Gleichgewichts als natürlich und nötig. So tut er alles – auch nach seinem Sieg über Österreich –, diesen Staat als europäische Großmacht zu erhalten. Frankreich gegenüber verfolgt er das gleiche Prinzip, wenngleich er unter dem harten Druck der Militärs bei den Friedensverhandlungen mit Frankreich im Gegensatz zu den Friedensverhandlungen mit Österreich schärfer reagierte, was er zum Teil später bedauert hat, ich darf nur an Metz/Lothringen erinnern.

Drei Kräfte nehmen im 19. Jahrhundert immer stärkeren Einfluss auf die

Politik: Die Technik, der Nationalismus, Kapitalismus und der Sozialismus. Wir können drei Stufen der Technik in der Menschheitsgeschichte nach Ortega y Gasset unterscheiden:

1. die Technik des Zufalls (dem Primitiven fallen die technischen Handlungen nur durch Zufall oder Erfahrung zu),
2. die Technik des Handwerks (von Griechenland über das vorkaiserliche Rom bis ins Mittelalter hin),
eine ausgeglichene Wechselwirkung von Technik und Politik: auch im Stände-Staat der Völker,
3. die Technik des Technikers, Erfindung der Maschine (1925 Spinnmaschinen von Richard Roberts). Es ist die erste Maschine, Übergang von Handarbeit zur Fabrikation, Handwerker und Techniker verschmelzen, Großtechnik entsteht. Der Mensch weiß, dass er erfinden kann, und zwar in scheinbarer Unbegrenztheit. Wachsender Einfluss der Technik auf die Politik und die Kriegführung.

Die Menschenmassen des 19. Jahrhunderts in Europa können nur leben wegen der technischen Erfindungen und Entwicklungen in diesem Jahrhundert, einschließlich der Entdeckungen von Justus Liebig.

Vom 5. Jahrhundert bis zum Jahre 1800, also 13 Jahrhunderte, hat es Europa auf etwa 180 Millionen Einwohner gebracht. Von 1800–1900 schwillt es auf 600 Millionen Einwohner und trotz der schweren Verluste des Ersten und Zweiten Weltkrieges hält dieser Prozess in arithmetischer Progression an. Ein Rückschlag der Technik, und es wäre mit dem Leben von Millionen vorbei!

Die Technik ist zu einer Art Übernatur geworden. Zudem ist das Anschwellen der Bevölkerungszahl in Europa auch ein Grund zu zahlreichen Streitpunkten. Der Kapitalismus beherrscht und festigt die bestehenden Staaten und gibt ihnen imperialistische Impulse.

Mittlerweile war auch das Reich Bismarcks entstanden: Es war in seinen damaligen Grenzen das Äußerste, was, wie Bismarck genau wusste, Europa zugemutet werden konnte. Darum war es sein Streben, nach der Gründung des Reiches dieses Reich zu konsolidieren und nach außen zu erhalten, nicht dieses Reich auszudehnen oder seinen machtmäßigen Einfluss zu verbreiten. Dies war klar geworden, als England nach Sedan unverzüglich wieder zugunsten Frankreichs eintrat, nachdem es bis dahin Preußen-Deutschland gegenüber in der Frage der deutschen Einheit eine wohlwollende Politik eingeschlagen hatte. Nur der äußerst vorsichtigen Politik des Reichskanzlers war es zu danken, dass der «Cauchemar des coalitions» gegenüber dem erstarkenden Reiche nicht Wirklichkeit wurde.

Mit dem Sturze Bismarcks beginnt jene verhängnisvolle Politik, die die Nachbarn der Mittelmächte zusammenführt.

Wilhelm II. glaubt, eine «Politik der freien Hand» treiben zu können.

Der berühmte Rückversicherungsvertrag mit Russland wird nicht erneuert; England wird durch den übertriebenen Flottenbau im Verein mit wirtschaftlicher Expansion – Bagdad-Bahn – ebenso gereizt wie Frankreich durch den «Pantersprung nach Agadir».

Nun werden Armeen von nie dagewesener Stärke aufgestellt: Von der Jahrhundertwende an wird Europa geradezu militarisiert. Gleichzeitig prägen sich die Nationalismen noch schärfer aus als in der Periode vorher.

Umfang der Rüstungen übt einen tiefen Einfluss auf die diplomatischen Beziehungen aus.

Noch hält Europa, zum Beispiel im chinesischen Boxer-Aufstand, zusammen. Noch immer können die Grenzen ohne Pässe und Visen überschritten werden; sind die Währungen konvertierbar. Nur wer die russische Grenze überschreitet, muss seinen Pass vorweisen. Aber das ist eine vorwiegend innerpolitisch bedingte Maßnahme: Der Zarenthron soll geschützt werden.

Während die Menschen Europas sich weltweit betätigen, steht in eigenartigem Gegensatz dazu die enge, militärische und politische Situation in Europa selbst.

Aber die Spannungen sind nun sehr groß geworden: Das Reich hat ein solches Gewicht erlangt und die Gegensätze ein solches Ausmaß erreicht, dass die europäischen Großmächte in den Ersten Weltkrieg buchstäblich hinein-

schlittern.

In diesem Ersten Weltkrieg setzt Europa seine reichen Hilfsmittel skrupellos zur gegenseitigen Vernichtung ein, und es sind nicht nur die reichen Hilfsmittel Europas, es sind auch zum erstenmal in der modernen abendländischen Geschichte die Farbigen, die zum Kampf gegen Weiße ausgebildet, ausgerüstet, bewaffnet, seelisch und pragmatisch vorbereitet werden.

Schließlich eilen die Amerikaner den beiden Westmächten zur Hilfe, nachdem Russland niedergebroschen war und der Sieg der Mittelmächte in Aussicht stand.

Die Folge des Ersten Weltkrieges ist eine völlige Umgruppierung des Gleichgewichts:

In Mitteleuropa und Osteuropa entsteht infolge der Auflösung der Donaumonarchie und des osmanischen Reiches sowie der faktischen Demilitarisierung Deutschlands ein Vakuum, das erträglich ist, weil durch die Revolutionen auch die Sowjetunion keine entscheidende Macht bilden kann: Vor Warschau scheidet der kommunistische Vorstoß; in Deutschland wird der kommunistischen Aufstandsbewegung Einhalt geboten. Frankreich errichtet sein europäisches System von Versailles und Saint Germain, indem es mit der Kleinen Entente und insbesondere mit Polen zusammenwirkt.

Amerika aber, das eben erst in die europäische Politik entscheidend eingegriffen und den Ausschlag für den Sieg im Ersten Weltkrieg gegeben hatte, zieht sich alsbald wieder aus Europa zurück.

III. Der Verfall des europäischen Gleichgewichts-Systems

Obwohl in Europa eine stabile politische Lösung weder durch die Hegemonie einer Macht, was Hitler später nochmals versuchte, noch durch die Politik des Gleichgewichts der Macht oder Mächte gefunden werden konnte, versuchte man es nach dem Ersten Weltkrieg nicht mit einer neuen europäischen Friedensordnung unter höheren Gesichtspunkten, etwa analog den Beschlüssen des Wiener Kongresses, sondern mit einer Lösung, die zwar in der Idee nicht neu war, aber zum erstenmal wenigstens das Stadium der institutionellen Verwirklichung erlebte, nämlich mit dem Völkerbund, einer übernationalen Organisation und einer überstaatlichen Gemeinschaft. Die Idee war nicht neu, sie geht zurück auf Vorstellungen, die bald nach dem Zerfall des mittelalterlichen Reichsgedankens da und dort entstanden und über die Jahrhunderte hinweg zu verfolgen sind (P. Dubois, Campanella, Sully, Kant, Görres, Novalis, auch Leibnitz) und die sich insbesondere in Gedankengängen um die Frage bewegten, wie «der ewige Frieden» verwirklicht werden könnte. Der Anstoß kam damals von dem Präsidenten Woodrow Wilson, die Idee entspricht weitgehend einer angelsächsischen Friedensvorstellung, in der starke puritanische Elemente zu verspüren sind. Außerdem sollte der Völkerbund gewissermaßen die zentripetale Gegenwirkung gegen die zentrifugalen Tendenzen sein, die die Durchführung des Selbstbestimmungsrechts ausgelöst hatten und auslösen mussten, insbesondere in Ost- und Südost-Europa.

Den angelsächsischen Urhebern der Verwirklichung des Selbstbestimmungsrechtes schwebte natürlich in erster Linie der Gedanke vor, dass nach der Formel der amerikanischen Verfassung jede Regierung nur mit Zustimmung der Regierten gebildet werden dürfte und dass die Veränderung der Grenzen nicht ohne Billigung der betroffenen Völker oder Menschengruppen erfolgen sollte. Sie hatten keine ausreichende Vorstellung davon, welche Kräfte und welche Entwicklungen im Bereich des österreichisch-ungarischen und später im Bereich des epiis-osmanischen Reiches ausgelöst werden mussten. Dazu kam von vornherein die moralische Belastung, dass die Anwendung dieser Grundsätze gegenüber den Besiegten in höchst großzügiger Weise erfolgte.

So finden wir in der Konstitution des Völkerbundes nebeneinander:

- die Idee vom ewigen Frieden,
- dann das fast blinde Vertrauen in die Funktionsfähigkeit des Selbstbestimmungsrechtes in jedem Fall (mit dem optimistischen Hintergedanken, dass darin der verlorengegangene Schlüssel zur harmonia praestabilita liege). Wir finden weiter darin den Modellfall des britischen Com-

monwe-alth, das aber in einer jahrhundertelangen geschichtlichen Entwicklung gewachsen und in ständiger Anpassung an die Wirklichkeit begriffen war,

- die Vorstellung, dass kollektive Sicherheit auf der einen Seite, bilaterale und multilaterale Allianzen ohne weiteres zusammenpassen würden und schließlich finden wir
- den Traum, dass die Menschen und Völker in politischen Entscheidungen nach sittlichen Motiven abendländischer Prägung und rationalen Maßstäben profunder Logik sich verhalten würden, also gute Geister und reine Geister zugleich wären.

Es ist in diesem Zusammenhang interessant, dass nicht ein europäischer, sondern ein afrikanischer Staatsmann auch damals, wie später im Zweiten Weltkrieg, Problematik, Gedanken und Notwendigkeiten klarer gesehen hat, als es in Europa oder Amerika der Fall war. Ich zitiere Theodor Schieder in seinem Aufsatz «Idee und Gestalt des übernationalen Staates». Er sagt, Smuts sei wohl der einzige alliierte Staatsmann gewesen, der mit klaren Worten gesagt habe, dass der Völkerbund an die Stelle und in die Rolle der zusammengebrochenen großen Reiche – Russland, Österreich-Ungarn und Türkei – treten müsse. Smuts hat betont, dass der Untergang der alten Reiche nicht ein leeres Haus für nationalen Individualismus oder für Anarchie hinterlassen dürfe, sondern den Platz schaffen müsse für eine weite und bessere League of Nations, und weist auf die große Gefahr hin, die aus der Zurückführung Europas auf seine «ursprünglichen Atome» heraufziehen müsste.

Damit ist auch schon aufgezeigt, welche Probleme der Völkerbund nicht zu lösen in der Lage war. Er mochte viele kleine Fragen lösen, große Fragen diskutieren, Differenzen überbrücken, Krisen bereinigen, aber er musste an den großen Problemen scheitern. Er ist nicht erst 1933 gescheitert, als Deutschland austrat, und 1935, als Japan austrat, und als man damals nicht in der Lage war, gegen das Italien Mussolinis ernsthafte Sanktionen wegen des Angriffs gegen Abessinien durchzuführen. Denn wenn Frankreich in Italien den potenziellen Verbündeten gegen Hitlers Übergreifen in Europa sah, und da Frankreich kurze Zeit vor dem Angriff gegen Abessinien sich mit Italien abgesprochen hatte, war es kaum zu erwarten, dass dieses Frankreich Italien vor den Kopf stoßen würde, indem es Sanktionen wegen der Abessinienfrage gegen Italien durchführte. Der Bruchpunkt des Völkerbundes liegt sicher schon in der Gründung, wo sich Zielsetzung und Wirklichkeit angesichts der vorhandenen Absichten und gegebenen Möglichkeiten nicht auf einen Nenner bringen ließen.

In Europa bildeten sich Diktaturen mit imperialistischer Zielsetzung. Der Erste Weltkrieg, der geführt worden war, um die Welt für die Demokratie sicher zu machen (H. G. Wells, 1914) führte dazu, dass die Diktatur ihr Haupt erhob: Zunächst die Diktatur des Proletariats in Russland, dann die faschistische Diktatur in Italien und schließlich die Diktatur Hitlers in Deutschland.

Diese Diktaturen sind ein historischer Beweis für den Höhepunkt und das Ende der europäischen Nationalstaaten. Immer wird in geschichtlichen Krisen der Versuch gemacht, durch eine Übersteigerung des gerade überlebten Prinzips irgendwie die Lage zu retten. In Wahrheit sind alle Nationalismen in solchen Augenblicken in eine Sackgasse geraten.

An der vielleicht utopischen Zielsetzung, an dem Widerspruch von Theorie und Praxis, an dem Fernbleiben der USA und an dem nationalistischen Imperialismus der Diktaturen, ging schließlich auch der Völkerbund zugrunde.

Die Sowjetunion rechnete andererseits mit dem Kriege der kapitalistischen Mächte untereinander und erwartete dann entscheidende Fortschritte auf dem Wege zur Weltrevolution und Weltherrschaft. Es schloss sich nach dem Ersten Weltkrieg dem Völkerbund ebenso an.

England meinte, dass Europa mit seinen Problemen selbst fertig werden würde.

Aber die Kräfte, die in Deutschland und Russland zur Macht gelangt waren, sahen kein Europa mehr als Selbstzweck, sondern nur noch als Mittel zum Zweck.

Der Fehler des britischen Pazifismus mit dem edlen, aber falschen Glauben, dass Abrüstung an sich ein Weg zur Schaffung größerer Sicherheit darstelle, notfalls auch einseitige Abrüstung, wurde auch nach der Machtergreifung Hitlers noch jahrelang propagiert.

Die Friedensbrüche Hitlers, seine einseitigen Maßnahmen wurden zunächst allein mit moralischer Entrüstung quittiert. Hitler hatte ein unheimlich scharfes politisches Gefühl für die Schwächen der europäischen Struktur und nutzte sie skrupellos aus.

Er zerschlug die Architektur Europas, die in Jahrhunderten gewachsen war, endgültig.

Das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges ist die Vernichtung Europas: Hatten nach dem Ersten Weltkrieg, obwohl er von den Amerikanern in der letzten Phase entschieden war, noch die europäischen Staatsmänner oder richtiger gesagt Nationalpolitiker der einzelnen Nationen die Entscheidungen für Waffenstillstand und Frieden getroffen, wenn sie auch offenbar keine Vorstellung von einer europäischen Friedensordnung hatten, so waren es nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges die Staatsmänner nichteuropäischer Mächte, die die Entscheidungen trafen. Europa war zum Rangierbahnhof außereuropäischer Machtinteressen geworden. Trotzdem führt von Versailles über Hitler bis Potsdam eine konsequente Linie mit unheimlicher Eigengesetzlichkeit.

An den wesentlichen Konferenzen, in denen das europäische Nachkriegschicksal entschieden wurde, Teheran, Jalta, Potsdam, nahm überhaupt keine kontinental-europäische Macht teil, und Großbritannien hatte die Rolle des Juniorpartners neben den beiden großen zu spielen, wenn auch sein führender Staatsmann, Sir Winston Churchill, manchmal das Gefühl des Unheimlichen nicht abschütteln konnte, das er empfand, wenn er an die europäische Zukunft dachte. Die Verbündeten der widernatürlichen Allianz, wie sie Hitler zustande gebracht hatte, hatten zwar gemeinsame Kriegsziele, aber alles andere als gemeinsame Friedensziele.

Die sowjetische Politik war während des ganzen Krieges nicht bereit, auch nur die geringste Einschränkung ihrer Selbstgefälligkeit hinzunehmen. Sie strebte, nachdem der Sieg im Kriege seit der Katastrophe in Stalingrad feststand, unbeirrbar das Ziel an, die Herausbildung eines künftigen Gegengewichts in Mitteleuropa von vornherein zu verhindern, und dafür politische und militärische Mittel einzusetzen, und sie wollte den westlichen Einfluss so weit wie möglich an die Peripherie der eurasiatischen Landmasse drängen.

Die Politiker der Westalliierten hatten keine Vorstellung, wie Europa nach dem Kriege aussehen sollte. Die politische und militärische Ausschaltung Deutschlands, wenn nicht für immer, dann für sehr lange Zeit, sollte zwei Zielen dienen:

1. den sowjetrussischen Verbündeten durch die Erfüllung der meisten seiner Wünsche friedlich und freundlich zu stimmen,
2. durch Ausschaltung des vermeintlich einzigen Kriegsbrandstifters in der Welt, nämlich Deutschlands in der landläufigen Meinung, gewissermaßen mit mathematischer Automatik den ewigen Frieden zu sichern.

So wurde unter dem Gesichtspunkt des Funktionierens der militärischen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und in der Hoffnung, durch radikale Abkehr von den traditionellen und diplomatischen Formen der europäischen Politik sogar der Gedanke des Selbstbestimmungsrechts für die ost-südosteuropäischen Völker zwar nicht formell geopfert, aber de facto weitgehend preisgegeben.

Der Einbruch der Sowjetrussen nach Mitteleuropa ist die geschichtliche Katastrophe unseres Jahrhunderts. Hitlers verbrecherische, größenwahnsinnige Politik hat ihnen die Tore geöffnet, die Politik der Alliierten war nicht stark genug, sie rechtzeitig zu schließen.

An die Stelle festumrissener Friedensziele und der klaren Absicht, die Friedensziele zu erreichen, trat die Vorstellung wie nach dem Ersten Weltkrieg, dass man durch die Gründung einer neuen übernationalen Organisation und überstaatlichen Gemeinschaft, alle die Ziele erreichen könnte, die sich seinerzeit die Initiatoren des Völkerbundes gesteckt hatten. Man glaubte, dazu

berechtigt zu sein, weil dieser Organisation, den Vereinten Nationen, nicht nur fast alle mittleren und kleinen Mächte angehörten, sondern weil insbesondere die beiden einzigen wirklich übriggebliebenen Weltmächte von vornherein dieser Organisation angehörten, nämlich die Vereinigten Staaten und die Sowjetunion.

Es gab nur noch zwei wirkliche Großmächte, nämlich: die USA und die UdSSR.

IV. Die Haltung der Sowjetunion und die Gründung der Vereinten Nationen

Im Zusammenhang mit diesem Thema kann nur kurz darauf eingegangen werden, welche Hoffnung die Sowjetunion zu der Frage eines Weltstaates oder größeren Zusammenschlusses mit weltstaatlicher Tendenz einnimmt.

Nach der sowjetischen Geschichtsphilosophie durchläuft die Menschheit mit einem geschichtsgesetzlich bestimmten Zwang mehrere Stadien:

- das primitiv-nomadische Stadium,
 - das feudalistisch-dynastische Stadium,
 - das kapitalistisch-imperialistisch-kolonialistische Stadium,
- um dann einzumünden in den Sozialismus, dessen Vollendung die kommunistische Gesellschaftsordnung ohne Staaten und Klassen ist.

Der Gang der Geschichte ist nach sowjetischer Geschichtsauffassung vorausbestimmt, das heißt Geschichte ist nichts anderes als der Ablauf der Ereignisse in diesem prädestinierten Sinne, dem man natürlich mit einer Fülle eigener Maßnahmen nachhelfen muss, und Geschichtsschreibung ist nichts anderes als der Nachweis des Vollzuges dieses Entwicklungsgesetzes. Ein moderner russischer Romandichter, Aleksei Tolstoi, hat in seinem Roman «Der Leidensweg», erschienen Berlin 1955, auf Seite 1275 sich folgendermaßen ausgedrückt in einem Dialog: «Erinnerst du dich, Genosse, wir haben viel darüber gesprochen, was für eine ermüdende Sinnlosigkeit uns der Kreislauf der Geschichte, der Untergang großer Zivilisationen dünkte, der Ideen, die zu einer kläglichen Parodie geworden waren ... Lüge! Der Schleier ist von den Augen gerissen ... Ein blendendes Licht hat die halbzerstörten Gewölbe aller vergangenen Jahrhunderte erhellt ... Alles ist harmonisch, alles gesetzmäßig ... das Ziel ist gefunden ... Jeder Rotarmist kennt es ...»

Deshalb ist den Propheten und Aposteln des Kommunismus die Idee von einem Weltstaat durchaus geläufig. Denn die permanente und progressive Weltrevolution ist ja der Aufbau dieses Staates und der Endsieg des Kommunismus in der Welt gegen äußere und innere Gegner ist gleichzeitig die Vollendung dieses Staates, der aber dann kein Staat mehr sein soll.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf die in den letzten Tagen erschienenen Pressemeldungen, wonach ein neues Statut oder ein neues Programm für die kommunistische Partei der Sowjetunion ausgearbeitet ist und demnächst in Kraft gesetzt werden soll. Es ist vor einigen Tagen in Umrissen im theoretischen Organ «Kommunist» veröffentlicht worden. Danach soll die Sowjetunion jetzt in die Endphase des Kommunismus getreten sein, in der das Privateigentum vollends abgeschafft, der Staat allmählich abgebaut und eine klassenlose Gesellschaft eingeführt werden soll. Der Weg geht vom sozialistischen Vaterland zur staatenlosen und klassenlosen sozialistischen Gesellschaftsordnung in der Welt. Darüber gibt es eine ausgedehnte kommunistische Literatur. Ich verweise auf die Worte Föderation und Konföderation im kommunistischen Sprachgebrauch, wie er im sowjetischen Sprachlexikon nachzulesen ist.

Es liegt genau auf dieser Linie, dass die Sowjets sich damals weigerten dem Völkerbund beizutreten. Bei ihnen waren es nicht diese (isolationistischen) Tendenzen, die sie daran hinderten wie die USA, sondern die andersgeartete Vorstellung von einem solchen Völkerbund.

Ich entnehme dem Buch von Elliot R. Goodman «The Soviet Design for a World State», erschienen Columbia University Press 1960, einiges über die sowjetische Einstellung zum Völkerbund und ähnliche Gedanken.

Am 24. Oktober 1918 hat Volkskommissar Tschitscherin eine Note an Prä-

sident Woodrow Wilson gerichtet, in der er von einer Verbesserung der Organisation des Völkerbundes sprach und wörtlich ausführte:

«Der Völkerbund sollte nicht nur den gegenwärtigen Krieg beenden, sondern alle Kriege in Zukunft unmöglich machen ... Wir schlagen deshalb vor, Herr Präsident, dass der Völkerbund auf der Enteignung der Kapitalisten aller Länder aufgebaut wird.»

Lenin gründete einerseits als Gegenzug gegen die Errichtung des Völkerbundes die «Komintern», die dann während des Zweiten Weltkrieges zur Täuschung der westlichen Alliierten wieder aufgelöst wurde, eine Organisation, deren Aufgabe die Errichtung eines kommunistischen Weltstaates war, andererseits definierten zwei führende Kommunisten Bucharin und Preobraschenskij den Charakter des Völkerbundes in ihrem ABC des Kommunismus» als eine Banditenliga, deren Zweck es sei, einen kapitalistischen Weltstaatkonzern zu errichten. Denn es heißt dort:

«der Völkerbund ist in etwa ein Versuch, einen ungeheuren, weltweiten Trust zu errichten, der unsere ganze Erde umfassen und die ganze Welt ausbeuten sollte, der aber auf der anderen Seite die Arbeiterklasse und ihre Revolution mit äußerster Grausamkeit unterdrücken sollte. Alles Gerede, dass der Völkerbund den Frieden garantieren sollte, ist unsinnig... Der Völkerbund wird nicht in der Lage sein, seine zwei Ziele zu erfüllen, nämlich die Organisation der Weltwirtschaft in einem einzigen Trust und die totale Unterdrückung der Revolution. Die Großmächte haben nicht genügend Einigkeit, um das zu erreichen.»

In den folgenden Jahren haben die Sowjets alle Pläne eines überstaatlichen Zusammenschlusses in heftigster Weise angegriffen, so auch das von Graf Coudenhove Calhergi entworfene Schema eines Pan-Europa, das dann in dem Briandschen Vorschlag nur mehr in Form einer lockeren Arbeitsgemeinschaft souveräner europäischer Staaten bei den Völkerbundsdebatten auftauchte und schließlich angesichts der Ereignisse in den beginnenden 30er Jahren dieses Jahrhunderts den härteren Realitäten Platz machte. Die Geschichte nahm den uns bekannten Verlauf.

Besonders interessant ist die sowjetische Reaktion auf einen anderen privaten Vorschlag für eine Föderation der westlichen Demokratien. Das völlige Versagen des Völkerbundes gegenüber den Großmächten und gegenüber den Großmächten und gegenüber ernsthaften politischen Problemen und Krisen führte z.B. zu einem im März 1939 veröffentlichten Aufruf: «Union now» von Clarence Streit. Er stellte fest, dass Krieg vor der Tür stehen wird, weil die Demokratien der westlichen Welt schwach und zersplittert den aggressiven Mächten gegenüberstünden. Ich zitierte Goodman:

«Diese Schwäche war jedem Völkerbundssystem angeboren, bei dem eine gemeinsame Aktion von der fortlaufenden und einstimmigen Vereinbarung aller Mitgliedstaaten abhängen musste, die ihre Souveränitätsrechte als Mitglied einer atomisierten Gesellschaft behaupteten. Nur durch die Bildung einer gemeinsamen Regierung, die in der Lage ist, positive und einheitliche Schritte zu unternehmen, könnten die westlichen Demokratien (Frühjahr 1939) angemessen verteidigt werden.

Darüber hinaus würde eine Föderation der westlichen Demokratien (auch Frühjahr 1939) um den Nordatlantik herum (die Vereinigten Staaten, die Mitglieder des britischen Commonwealth, die Demokratien Kontinental-Europas und Skandinaviens) die demokratischen Institutionen in der Welt gewaltig stärken, neue produktive Kräfte in dem vergrößerten Rahmen eines gemeinsamen Riesenmarktes wecken und einen besseren Grund für das Gedeihen der persönlichen Freiheit liefern. Diese Union freier Völker könnte gleichzeitig als der Kern für eine eventuelle Weltunion demokratischer Staaten dienen.»

Soweit die Übersetzung aus Goodman, wenn er die Gedanken und Ziele dieses Planes, nunmehr genau vom März 1939, charakterisiert. Wenn man an die Bemühungen der Gegenwart denkt, ist man versucht, in den historischen Irrealismus zu verfallen und zu fragen, was wäre geschehen, wenn... damals. Aber darüber fortzufahren hat keinen Sinn.

Im September 1939 hatte es die Sowjetunion nicht mehr darauf abgesehen, einen Krieg Deutschlands gegen die westlichen Demokratien zu verhindern, hat deshalb gegen alle solchen Pläne scharf reagiert. Ich zitiere eine offizielle Reaktion, und zwar «Komintern» Band 16, Nr.11 vom November 1939. Dort heißt es:

«Die Ideologen des Großkapitals versuchen jetzt die Völker zu überzeugen, dass Krieg gewagt werden müsste, um alle demokratischen 'Staaten' in einem Superempire zu fördern und so die Grundlage für einen dauernden Frieden zu liefern. Diese Idee, als ein ganz neues Produkt auf den Markt geworfen, ist in Wirklichkeit ein alter unverkäuflicher Ladenhüter des Imperialismus...

Jedes solches Superempire würde nicht eine Friedensgarantie sein, sondern gleichzeitig vom Beginn an eine Maschine, die neuen Krieg produziert.»

Soweit zur Sowjethaltung gegenüber dem Völkerbund bei Gründung und gegenüber größeren Föderationsplänen (der demokratischen Staaten in den 20er und 30er Jahren) in der Folgezeit.

Stalin hat die Lieblingsidee Roosevelts, die ja ihrerseits auch eine Vorgeschichte hat, aufgegriffen und sich bereit erklärt, in eine Organisation der Vereinten Nationen einzutreten, und zwar von Anfang an, deren Zielsetzung und Statuten ich nicht näher zu umreißen brauche. Sie sollte einerseits den ewigen Frieden herbeiführen, andererseits Freiheit und Wohlfahrt der Völker laufend erhöhen. Stalin hat dafür von Roosevelt, der auf die sowjetrussische Zustimmung entscheidenden Wert legte, große Konzessionen erhalten, nicht nur die drei Stimmen für die Sowjetunion. In ihrer praktischen Auswirkung gehen diese Konzessionen so weit, dass ein ideelles Kriegsziel, das im Ersten wie im Zweiten Weltkrieg eine entscheidende Rolle gespielt hatte, de facto, vielleicht nicht wissentlich, das Selbstbestimmungsrecht vieler ost- und südosteuropäischer Völker in dem früher definierten Sinne geopfert wurde.

Aber immerhin, die Sowjets sind den Vereinten Nationen beigetreten und zwar vom ersten Tage an, während sie dem Völkerbund erst 1933 beigetreten sind, und zwar zu einem Zeitpunkt, als der Völkerbund bereits Glanz und Wirksamkeit verloren hatte.

Was waren die sowjetischen Motive bei Eintritt in die Vereinten Nationen? Eine Frage, die heute aktueller ist denn je.

- War es die Preisgabe der früheren Ziele eines kommunistischen Weltstaates?
- War es die ehrliche Bereitschaft, einen Augenblick mit der nichtkommunistischen Welt im Sinne einer allmählichen Umwandlung der kommunistischen Herrschafts- und Gesellschaftsformen herbeizuführen?
- War es etwas anderes?

Es zeichnen sich drei Motive ab:

1. Der Grundsatz der Einigkeit der Großmächte in allen Sicherheitsfragen nach dem Statut der UNO gab den Sowjets die Gewissheit, dass irgend eine von außen kommende Intervention gegen die im sowjetischen Machtbereich herrschenden Verhältnisse durch das sowjetische Veto ausgeschlossen werden konnte. Auch im Korea-Krieg ermöglichte es nur die Abwesenheit der Sowjets im Sicherheitsrat, die Intervention der Vereinigten Staaten unter der Flagge der UNO durchzuführen.
2. Die UNO bot den Sowjets eine ausgezeichnete Möglichkeit, in der nichtkommunistischen Welt politischen Einfluss zu gewinnen und bei Behandlung von Krisen außerhalb des sowjetischen Machtbereiches ein gewichtiges Wort mitzureden.
3. Die UNO bot und bietet aussichtsreiche Chancen, das Verlangen der farbigen Völker, insbesondere der Kolonialvölker, nach nationaler Freiheit für politische Zwecke auszunutzen und sich als Hauptvorkämpfer gegen den Kolonialismus anzubieten.

Dabei hat sicherlich die Überlegung mitgespielt, dass die allmähliche Änderung im Verhältnis der Stimmen innerhalb der UNO zugunsten der farbigen Welt sich auch zugunsten des sowjetischen Einflusses innerhalb

der UNO auswirken würde.

Aber niemals hat die Sowjetunion daran gedacht, der UNO wirklich überstaatliche Funktionen zuzugestehen, und sie hat sich energisch allen Versuchen widersetzt, die Behandlung der Sicherheitsprobleme aus dem Sicherheitsrat mit dem Zwang der Einstimmigkeit der Großmächte plus zweier zugewählter Mitglieder herauszunehmen und sie einem anderen Gremium, einer kleineren oder größeren Vollversammlung, wo etwa eine qualifizierte Mehrheit genügt hätte, zu übertragen. Sie wünschte selbstverständlich weder die Zuständigkeit einer kleineren Vollversammlung noch die Zuständigkeit der großen Vollversammlung der UNO in der Beschlussfassung über Sicherheitsprobleme.

So wertvoll die UNO als Forum der Aussprache und der Behandlung von Gegensätzen ist, so wenig trägt sie wirklich Züge in Richtung einer echten Weltregierung.

Die freien Nationen glauben, die Vereinten Nationen seien die Verwirklichung eines alten Menschentraumes, der Sehnsucht nach einem geordneten, friedlichen Nebeneinanderleben der Völker, während die Sowjets sie als Propaganda-Instrument missbrauchen.

Chruschtschows Kampf gegen Hammerskjöld, den er «Mörder Lumumbas» nennt, dient dem Ziel, an Stelle eines Sekretärs drei Sekretäre in der UNO einzusetzen, so dass jede Staatsgruppe – Ost, West und Neutrale – dort, wie er meint, «gleiche Möglichkeiten bekommt». Dies heißt nichts anderes, als dass Chruschtschow sich eine Reform der UNO wünscht, die die Durchsetzung seines Willens in der UNO ermöglicht.

Er droht immer wieder, die Vereinten Nationen zu zerstören. In Wahrheit ist er jedenfalls noch nicht so weit, diese Propagandatribüne zu vernichten: Er will sie bloß annektieren, um dort ungehindert die Sowjets als Sprecher der Welt auftreten zu lassen.

Es ist aber eine völlig offene Frage, ob die Sowjets nicht eines Tages doch dazu übergehen, die UNO zu sprengen, wenn ihnen die psychologische Auswirkung und die politischen Folgen dieses Schrittes vorteilhafter erscheinen als die Fortsetzung der Mitarbeit in der UNO, ohne Aussicht, dort ihre Ziele zu erreichen.

Bezeichnend ist die sowjetische Taktik in der Internationalen Atomenergie-Organisation in Wien.

Ihr ursprüngliche Aufgabe:

Allen Ländern gleichen und freien Zugang zu Kernbrennstoffen und zum Austausch technischer und wissenschaftlicher Kenntnisse zu verhelfen.

Nach fast dreijährigen Verhandlungen ist es gegen stärksten sowjetischen Widerstand gelungen, ein Kontrollsystem für die friedliche Verwendung des von der Organisation oder mit ihrer Unterstützung gelieferten Kernbrennstoffs probeweise auf zwei Jahre einzuführen.

Während der Verhandlungen spielte sich der sowjetische Delegierte als Anwalt und Protektor der Entwicklungsländer auf. Er behauptete, die Westmächte wollten durch die Einführung des vorgesehenen Kontrollsystems für Kernbrennstoffe in Wahrheit die dauernde Überwachung und Bespitzelung der sich entwickelnden Industrien der jungen, ehemals kolonialen Staaten erreichen.

Er bezeichnete dieses Kontrollsystem als eine verkappte Fortsetzung der Kolonialherrschaft.

Auch versuchten die Sowjets, Rot-China und die SBZ in die Organisation hineinzubringen, um auf diesem Weg eine Form der Anerkennung zu erreichen.

V. Die Auswirkungen der naturwissenschaftlichen Forschung und der technischen Anwendung ihrer Ergebnisse auf die Politik

Die moderne Naturwissenschaft und die technische Anwendung ihrer Ergebnisse hat einen Stand, und zwar einen laufend sich verändernden Stand erreicht, der bei der Gestaltung politischer Formen und Normen berücksich-

tigt werden muss. Naturwissenschaft und Technik, ich sage es bewusst abstrakt, haben die Politik auf Möglichkeiten hingewiesen. Die Politik hat sich der Naturwissenschaft und Technik bedient, um diese Möglichkeiten zu nutzen, im Guten wie im Schlechten, und nunmehr ist kein Ende absehbar, an dem sich die Politik aus der hierdurch geschaffenen Kausalität von Entschluss und Konsequenz von Ursache und Wirkung noch befreien könnte.

Wohl haben in der Vergangenheit technische Erfindungen das Gesicht der Erde und die politischen Formen beeinflusst und verändert. Ich darf nun folgende Stichworte nennen:

1. Die *Erfindung des Pulvers* und damit die Entwicklung der Feuerwaffen (die Kanone erreicht den fernen Feind);
2. die *Erfindung des Buchdrucks* (sie vermag die zu Papier gebrachten Gedanken eines Menschen nach Raum und Zeit unbegrenzt der Umwelt und Nachwelt zu übermitteln);
3. die *Entdeckung der magnetischen Kraft* und die Erfindung des Kompasses führt das Zeitalter der großen Entdeckungen herauf;
4. die *Erfindung der Dampfmaschine* und später des Verbrennungsmotors schafft ungeahnte Möglichkeiten der Überwindung von Raum in immer kürzeren Fristen;
5. die *Entdeckung der Elektrizität* und ihre Anwendung für Verkehrs- und Nachrichtentechnik führt zu ungeahnten Möglichkeiten, insbesondere der Nachrichtenübermittlung von jedem Punkt der Erde über die ganze Welt hinweg innerhalb weniger Minuten.

All das hat schon zu einschneidenden Veränderungen geführt, denn der Begriff der Größe und der Begriff der Entfernung ist relativ, nicht absolut.

Trotzdem glaube ich, dass wir jetzt an der Schwelle eines neuen Zeitalters stehen, das durch zwei naturwissenschaftlich-technische Vorgänge besonders gekennzeichnet ist, nämlich durch das Eindringen des Menschen in den Kern der Materie, sei es durch Spaltung von Atomkernen, sei es durch Verschmelzung von Atomkernen zu einem neuen Element, und durch die ersten Ansätze des Hinausdringens in die der Erde benachbart liegenden Schichten des Weltraums. Es ist vielleicht kein Zufall, dass nach einer jahrzehntelangen Vorgeschichte das Eindringen in den Mikrokosmos und in den Makrokosmos gleichzeitig stattfindet. Damit werden Kräfte und Gewalten in die Hände des Menschen gelegt, die bis dahin dem Schöpfer vorbehalten zu sein schienen.

Ich erinnere an die antike Sage von Prometheus, der zur Strafe dafür, dass er für den Menschen das Feuer stahl, lebenslänglich an den Kaukasus geschmiedet wurde, weil man das Feuer in der Hand des Menschen für eine gefährliche Gabe hielt, so segensreich und notwendig es sein mochte. Wie müsste eine moderne Sage aussehen und welche Strafe müsste sie für den vorsehen, der das kosmische Feuer in die Hände der Menschen gelegt hat. Dieses Problem ist mit technischen Mitteln nicht mehr zu lösen. Es ist mit politischen Mitteln nicht zu bändigen, wenn beide Seiten ihre Politik unter ein sittliches Gesetz stellen und damit die entfesselte Technik nicht in den Dienst der Macht, sondern unter die Kontrolle eines auf Gewissen gegenüber Gott und den Menschen begründeten Ethos stellen oder, wenn und solange das nicht möglich ist, wenigstens eine Seite diese Haltung einnimmt, darüber hinaus aber die innere Stärke und moralische Entschlossenheit aufbringt, der anderen Seite sowohl die Anwendung dieser Kraft für unerlaubte Zwecke wie auch die Androhung ihrer missbräuchlichen Anwendung zum Zwecke der politischen Erpressung unmöglich zu machen.

Denn Zeit und Raum spielen im irdischen Bereich heute keine Rolle mehr. Die Wirkung der entfesselten Kräfte, die Möglichkeit, sie durch die moderne Raketentechnik, die Triebwerk und Steuerung einschließt, an jedem Punkt der Erde wirksam zu machen, darüber hinaus aber auch die Möglichkeit, diese Kräfte im Weltraum zum jederzeitigen Abruf bereitzustellen, sollten uns mit zwingender Deutlichkeit zeigen, dass eine Ära der Menschheit zu Ende geht und eine neue beginnt, ohne dass man so vermessen sein könnte zu sagen, zu welchem Ende sie beginnt.

Der Portugiese Magellan brauchte drei Jahre, um die Welt zu umsegeln. In der Generation meines Großvaters und Vaters war die Vorstellung von Jules

Verne «In 80 Tagen um die Welt» noch eine Sensation. Heute ist ein Flug um die Erde in 36 Stunden, in kurzer Zeit in 24 Stunden möglich. Eine interkontinentale Rakete fliegt in 30 Minuten mit 28 000 km/h Geschwindigkeit von Zentral-Russland nach Ostamerika. Ein Erdsatellit umkreist die Erde in 80 bis 90 Minuten. Die Frage heißt: Sind unsere Institutionen noch diesen Veränderungen gegenüber wirklich adäquat?

Wenn der Mensch, der homo sapiens, ein animal rationale wäre, dann käme er nicht nur zu der Schlussfolgerung, dass der Stand der naturwissenschaftlichen Forschung und die technische Anwendung ihrer Ergebnisse heute eine Weltregierung erfordert, sondern er käme dann zu gewissen praktischen Konsequenzen. Eine Weltregierung wäre heute für die Lösung gewisser Probleme erforderlich. Ich greife nur wenige heraus, z.B. die Verhinderung der militärischen Anwendung der Kerngeschichte mit allen den darin eingeschlossenen Problemen, auf die ich im Einzelnen nicht zu sprechen kommen kann, oder der Ausschluss nicht-friedlicher Zwecke bei den großen Projekten der Weltraumfahrt oder auch die kulturelle, wirtschaftliche und politische Unterstützung der Entwicklungsländer mit dem Ziel, in einer Generation ein gewisses Gleichgewicht der wirtschaftlich-sozialen Verhältnisse herbeizuführen.

Es ist dabei selbstverständlich, dass eine solche Weltorganisation nur eine subsidiäre Funktion ausüben könnte, d.h. sich auf die Lösung der Probleme beschränken müsste, die nach Sachverstand und Verantwortung auf niedrigen Ebenen der staatlichen Gemeinschaft nicht mehr gelöst werden können, insbesondere auch deshalb, weil Schnelligkeit, Reichweite und Wirkung moderner Waffen die Erde von heute kleiner gemacht haben, als es das Land Attika mit Athen vor 2400 Jahren gewesen ist. Es wäre dabei auch selbstverständlich, dass diese Weltorganisation sich nicht in die innere Autonomie der einzelnen Mitgliedstaaten einmischen dürfte, es sei denn, dass die Entwicklung in einem Staat eine Gefahr für die Umwelt darstellt, oder dass dort die menschlichen Grundrechte mit Füßen getreten werden. Aber leider ist diese Vorstellung, eine Weltregierung oder eine Weltorganisation zur Lösung der übergeordneten Probleme einzusetzen, eine Utopie, solange eine Seite unveränderlich an der kommunistischen Geschichtsauffassung und am kommunistischen Weltbild festhält. Denn eine Minimalvoraussetzung ist nicht die gemeinsame Organisation um ihrer selbst willen, sondern eine minimale Gemeinsamkeit der notwendigsten und unentbehrlichsten sittlichen Grundsätze, d.h. auch ein gemeinsam anerkanntes Völkerrecht, dessen Beachtung oder Nichtbeachtung nicht in das Belieben der einzelnen Mitgliedstaaten gestellt werden könnte.

An der Realität der Verhältnisse scheitern aber alle theoretischen Konstruktionen, denn jedes gemeinsame Völkerrecht ist ohne die exekutive Kraft, es im Falle der Verletzung durchzusetzen, eine Fiktion oder eine Hilfskonstruktion. Ich habe mit viel Interesse die Schrift von Ernst Jünger «Der Weltstaat, Organismus und Organisation» gelesen. Er spricht unter Berufung auf Toqueville davon, dass die Erde nur zwei Staaten, Russland – Amerika «von absoluter Souveränität» kennt, und er sagt:

«Bei diesem Stand der Dinge kann von unbeschränkter Freiheit nur noch an zwei Zentralen die Rede sein, Russland und Amerika. Freiheit sei hier in Hinsicht auf den technisch-politischen Entschluss verstanden, als unbedingte Vorfahrt in jener Ordnung, in der Staaten auftreten.»

Etwas später sagt er:

«Die Ähnlichkeit der Riesenpartner, die, wenn nicht die Territorien, so doch Teile der Souveränität der historischen Staaten an sich ziehen, legt die Vermutung nahe, dass es sich hier um Modelle handelt oder besser noch um Modeln: Um die beiden Hälften der Gussform zur Bildung des Weltstaates. Es würde sich dabei nicht um eine bloße Addition, um eine Verdoppelung handeln, sondern um ein Umschlagen in die Qualität, um den Anstieg in eine heute noch unvorstellbare Potenz.»

Er sagt weiter:

«Die Aussicht ist schon deshalb erfreulicher als andere, weil sie allein die